

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das EU-Parlament hat sich am 16.04.2013 gegen eine Verknappung der Emissionshandelszertifikate in der EU ausgesprochen. Wir widmen diesen Newsletter aus aktuellem Anlass den Themen Klimaschutz und CO<sub>2</sub>, und beleuchten den Zusammenhang zur Energiewende. Denn: Die Energiewende ebnet den Weg zu einer Energiezukunft, in der wir weniger von Energieimporten abhängig sind. Dies betrifft vor allem fossile Energieträger. Darüber hinaus ermöglicht die Energiewende eine klimafreundlichere Gestaltung der deutschen Versorgungssysteme.

Als Indikator für einen beherrschbaren Klimawandel hat sich in der Politik ein Temperaturanstieg von 2°C etabliert. Um diese 2°C-Grenze nicht zu überschreiten, müssen die vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen dramatisch reduziert werden. Die Bundesregierung hat deshalb klare Ziele definiert: Der Treibhausgasausstoß soll bis 2020 um 40% und bis 2050 um mindestens 80% relativ zum Referenzjahr 1990 reduziert werden. Ambitionierte Ziele sind wichtig. Sie erfüllen ihren Zweck allerdings nur, wenn kontinuierlich überprüft wird, ob die laufende Entwicklung konsistent mit den Zielen ist und ob die implementierten klimapolitischen Maßnahmen effektiv sind.

Nach vorläufigen Zahlen des Umweltbundesamtes hat Deutschland 2012 mehr Treibhausgase ausgestoßen als 2011. Kurzfristige Veränderungen sollten zwar nicht überbewertet werden, da natürliche Einflüsse wie die Temperatur in den Wintermonaten eine signifikante Rolle spielen. Aber auch der Blick auf größere Zeiträume verdeutlicht, dass die Ziele der Bundesregierung nur erreicht werden können, wenn die Anstrengungen zur Reduktion der Emissionen verstärkt werden. Wenn Deutschland in Zukunft die Treibhausgasemissionen mit der gleichen Geschwindigkeit verringert wie seit dem Jahr 2000, wird schon das Ziel für 2020 verfehlt werden (siehe Kurzbeitrag).

Im Einklang mit der thematischen Ausrichtung dieses Newsletters möchten wir auf die Konferenz „Air Quality and Climate Change Policies – Separate or Joint Challenges?“ aufmerksam machen, die im Mai 2013 in Brüssel stattfinden und vom IASS mitorganisiert wird.

Darüber hinaus erfahren Sie in dieser Ausgabe mehr über die Kooperation zwischen IASS, acatech und der Max-Planck-Gesellschaft im Rahmen der Dialogplattform „Forschungsforum Energiewende“, die diesen März vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgestellt wurde.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Ihre



**Dr. Kathrin Goldammer**, Projektleiterin Plattform Energiewende

NEWSLETTER

MAI 2013

VERANSTALTUNGSHINWEIS



**Air Quality and Climate Change Policies -  
Separate or Joint Challenges?**  
21 May, 2013, 9:30 - 16:30, Brussels

Climate change and air pollution are two major challenges of our time. While climate change is a broadly recognized threat, it is not as well-known that air pollution is estimated to be the largest environmental cause of premature death ahead of dirty water and lack of sanitation by 2050.

Streamlining and harmonizing actions benefitting both sectors can be an important step forward in addressing these challenges. This insight has only recently reached the political arena, and few actions have been taken yet. This conference therefore aims to support this process and further build on the momentum that is developing. At this event, potential co-benefits, challenges, and trade-offs of action in these two sectors will be discussed by representatives from policy, civil society, research organizations, and practitioners.

The conference is jointly organized by a Europe-wide coalition including the Deutsche Umwelthilfe (DUH), on behalf of the Pan-European "Soot free for the Climate" campaign and the EU LIFE Project "Clean Air", together with the Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) and the European Environmental Bureau (EEB).

Contributions by Thomas Verheye (DG Environment), Jos Delbeke (DG Climate), Svante Bodin (ICCT) and Mark Lawrence (IASS) are confirmed amongst others.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

KURZBEITRÄGE

## Die Entwicklung der deutschen Treibhausgasemissionen

Deutschland hat im Jahr 2012 Treibhausgase mit einer CO<sub>2</sub>-äquivalenten Masse von 931 Millionen Tonnen ausgestoßen. Das sind 11,4 Tonnen pro Person und Jahr. Ein Großteil dieser Emissionen ist energiebedingt (ca. 80%). Sie entstehen also bei der Verbrennung von Energieträgern (z.B. Öl, Kohle und Gas) in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Haushalte und Gewerbe. Die nicht-energiebedingten oder diffusen Emissionen werden überwiegend in der Landwirtschaft und in industriellen Prozessen freigesetzt.

> WEITER ÜBER [DIESEN LINK](#)

## Erweiterung unseres Netzwerks über die Beteiligung an der Dialogplattform „Forschungsforum Energiewende“

Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit März 2013 zwei neue Projekte, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Das IASS ist dabei an der Dialogplattform „Forschungsforum Energiewende“ beteiligt. Gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech und der Max-Planck-Gesellschaft bauen wir eine Geschäftsstelle in Berlin auf, die mit dem Mandat des BMBF den Dialog aller am Prozess der Energiewende Beteiligten koordinieren wird. Neben ihrer koordinierenden Funktion wird das Dialogforum wissenschaftliche Lösungsoptionen zur Energiewende bewerten und anschließend in Empfehlungen umwandeln. Hochrangige Vertreter der Ressorts, Länder, Akademien, Wissenschaftsorganisationen und Universitäten setzen sich im Rahmen des Forums mit zentralen Fragestellungen zur Energiewende aus Gesellschaft und Wirtschaft auseinander und erörtern diese aus einer wissenschaftlichen Perspektive.



> WEITER ÜBER [DIESEN LINK](#)



Quelle: <http://pik-potsdam.de>

„Trotz der Energiewende sind die Treibhausgas-Emissionen im letzten Jahr gestiegen. Das zeigt, dass es schwer werden wird, das von der Bundesregierung gesteckte ehrgeizige Ziel von 40% Emissionsminderung bis 2020 zu halten. Vor allem dann, wenn neben dem Stromsektor nicht auch anderswo Anstrengungen unternommen werden – Fortschritte im Transport- und Wärmesektor wären essentiell notwendig zur Erreichung der Ziele. Gerade deshalb darf der europäische Emissionshandel nicht aufgegeben werden, sondern muss im Gegenteil gestärkt werden. Dazu gehört, dass auch der Transportsektor künftig in das „cap and trade“ einbezogen wird und dass frühzeitig Emissionsminderungsziele für 2030 auf europäischer Ebene festgelegt werden. Fehlt das politische Signal, so wird in emissionsintensive Infrastruktur investiert – die lange stehen bleibt.“

Dr. Brigitte Knopf, Leiterin der Arbeitsgruppe „Energiesysteme Europa und Deutschland“ am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.



Quelle: <http://chemanager-online.com>

„In der Diskussion um die deutschen, d.h. nationalen Klimaschutzziele stellt sich die Frage, welche Bedeutung und Funktion diese Zielsetzungen vor dem Hintergrund einer europäischen Klimaschutzzielsetzung und einer immer notwendiger werdenden internationalen Klimaschutzzielsetzung haben. Ein erheblicher Teil der Treibhausgasemissionen, nämlich der der Industrie und der Energiewirtschaft, ist heute bereits durch den sinnvollerweise europäisch gesteuerten Emissionshandel, dem Einwirkungsbereich der nationalen Klimaschutzpolitik entzogen. Eine nationale Politik zur massiven Förderung der erneuerbaren Energien mag für die Treibhausgasbilanz Deutschlands rein zahlenmäßig eine Bedeutung haben, einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz liefert sie nicht, da sie in den bereits durch den Emissionshandel geregelten Energieerzeugungsbereich eingreift.“

Dr. Jörg Rothermel, Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) Energie und Klima, Recht und Steuern, Leiter Bereich Energie, Klimaschutz und Rohstoffe.

INTERVIEW

„Wir sind der Meinung, dass Entscheidungen rund um das Thema Climate Engineering lieber gut informiert getroffen werden sollten, als uninformatiert oder gar falsch informiert“ sagt Dr. Mark Lawrence im Interview

Dr. Mark Lawrence ist wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), wo er das Forschungscluster SIWA (Sustainable Interactions with the Atmosphere) leitet. SIWA untersucht die Auswirkungen kurzlebiger, klimawirksamer Schadstoffe und deren Mitigation, besonders in Anbetracht globaler Urbanisierung und potenzielle Auswirkungen, Unsicherheiten und Risiken von „Climate Engineering“. Im Interview nimmt er Stellung zum Thema „Climate Engineering“.

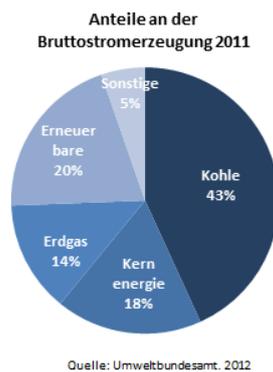
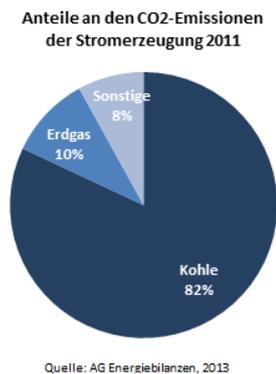
[>WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

STATISTIK DES MONATS

CO<sub>2</sub>-Emissionen des deutschen Kraftwerksparks – die Rolle der Kohle

Der deutsche Kraftwerkspark verursachte 2011 gut ein Drittel der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen. 82% davon entstanden durch die Verstromung von Kohle (Graphik links). Erdgaskraftwerke emittierten 10% des CO<sub>2</sub> der Stromerzeugung. Der Beitrag anderer Brennstoffe ist in Summe unter 10%. Die herausragende Rolle der Kohlekraftwerke in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen basiert einerseits auf ihrem relativ großen Anteil an der Stromerzeugung (43%, Graphik rechts) und andererseits auf den verhältnismäßig hohen spezifischen Emissionen (≈800-1000 g/kWh). Gas- und Dampfkraftwerke (Erdgas) emittieren weniger als die Hälfte an CO<sub>2</sub> pro erzeugte Kilowattstunde Strom.

Gegenwärtig spielen die Bereiche Transport und Wärme in Bezug auf die Treibhausgasemissionen eine ähnlich große Rolle wie die Stromerzeugung. Mittelfristig wird der Anteil des Stromverbrauchs am Endenergieverbrauch aber durch die zunehmende Elektrifizierung von Transport und Wärme mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen. Die Reduktion der mittleren spezifischen Emissionen des deutschen Strommixes ist deshalb von großer Bedeutung für den Klimaschutz. Die Statistik verdeutlicht, dass die Verringerung der Stromerzeugung aus Kohle hier den entscheidenden Beitrag leisten wird.



Quelle:  
<http://lichtblickblog.de>

„Wir erleben derzeit in Deutschland und der EU einen groß angelegten Versuch, einen Rollback gegen eine ambitionierte Klimapolitik und Energiewende zu organisieren. Der Wirtschaftsminister will die notwendige Reform des EU-Emissionshandels aushebeln. Ohne Reform des Emissionshandels gibt es keine ambitionierten Klimaziele in der EU bis 2020, damit auch weniger ambitionierte Ziele für 2030. Ohne CO<sub>2</sub>-Preissignal und ernsthafte Ziele für die Industrie wird sich auch die von allen Fraktionen in Deutschland unterstützte CO<sub>2</sub>-Reduktion um 40% bis 2020 nicht halten lassen. Ohne höhere CO<sub>2</sub>-Preise fehlt zudem Geld für eine beschleunigte Energiesanierung der älteren Gebäude. Und niedrige CO<sub>2</sub>-Ziele werden als Vorwand genommen, um niedrige oder gar keine Ziele für Erneuerbare Energien für 2030 durchzusetzen. Für die Kanzlerin gibt es jetzt keine Neutralität mehr. Entweder sie sagt „ja“ zur Reform des Emissionshandels oder „nein“ zu ambitioniertem Klimaschutz und zur Energiewende.“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch e.V.